

Die Sanitätswarte

Zeitschrift für das Personal in Kranken-, Pflege- und Irren-Anstalten
Kliniken, Sanatorien, Bade- und Massage-Instituten, Seebädern
Beilage zur „Gewerkschaft“, Organ des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter

Redaktion und Expedition: Berlin, SO. 16,
Wusterhausener Straße 15.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 3105/06
Redakteur: Emil Dittmer.

Reichsaktion:
„Gesundheitswesen.“

Erscheint wöchentlich, Freitags.
Bezugspreis: vierteljährlich durch
die Post (ohne Bestellgeld) 3 Mark.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 3105/06

Berliner Schwestern und Krankenpflegerinnen zur Frage des Achtfundentages.

Nachdem sich die Ärzte in ihrem Kampfe gegen den Achtfundentag wiederholt und nicht immer zu Recht darauf berufen haben, daß die Schwestern den Achtfundentag gar nicht wollen, war es Zeit, den Schwestern selbst einmal Gelegenheit zu geben, zu dieser Frage Stellung zu nehmen. Aus diesem Grunde hatte die Ortsverwaltung Berlin unseres Verbandes für Mittwoch, den 21. Januar, eine Versammlung der Schwestern und Krankenpflegerinnen einberufen, in der Herr Dr. Hermann Wehl vom Standpunkt des Arztes über „den Achtfundentag in der Krankenpflege“ sprach. Der Referent ging von dem Gesichtspunkt aus, daß die Schwestern bisher leider viel zu wenig aktiv an der Regelung ihrer Arbeitsverhältnisse teilgenommen haben. Sie haben sich nur von ihren Oberinnen und den Ärzten, die doch in erster Linie ihre eigenen Interessen wahrnehmen, leiten lassen, und so kam es schließlich, daß diese die Behauptung aufstellten, die Schwestern wollen gar keinen Achtfundentag und wüßten auch gar nicht, was sie mit der ihnen durch den Achtfundentag gegebenen freien Zeit anfangen sollten!

Selten ist wohl für die Schwestern etwas beschämender gewesen wie diese Behauptung. Soll doch den Schwestern einmal durch die verkürzte Arbeitszeit Gelegenheit zur Erholung, zu weiterer Ausbildung, aber auch zur Mitarbeit in der sozialen Hilfsätigkeit gegeben werden. Staat und Kommunen brauchen Frauen, die ehrenamtliche Funktionen in der Jugend-, Waisen- und Wohlfahrtspflege übernehmen. Die Schwestern sind die berufensten, sich hier zu betätigen. Der Referent schilderte, in welcher ungeheurer Weise die Arbeitskraft der Schwestern bisher ausgebeutet worden ist, und welche furchtbaren Folgen dies für die Schwestern nach sich zieht. Als vor Jahren im Virchow-Krankenhaus kurz hintereinander verschiedene Schwestern Selbstmord verübten, und man der Sache auf den Grund ging, stellte sich heraus, daß die überlange Arbeitszeit der Schwestern diese seelisch und körperlich so zermürbte, daß hierin der Grund für das traurige Vorkommnis gesucht werden mußte. Herr Dr. Wehl anerkannte ausdrücklich die Opferwilligkeit der Schwestern, ganz besonders der der religiösen Organisationen, erklärte aber, daß gerade die Diakonissen eine Gefahr für die übrige Schwesternschaft sind! Er betonte, daß die Zukunft unbedingt der freien Schwester gehört, die den Kranken hilft, sich selbst aber und ihre Mitgeschwestern dabei nicht vergißt.

Die Ärzte sind es, die nach Ansicht des Referenten als die schroffsten Gegner einer achtfundentägigen Arbeitszeit angesehen werden müssen, obwohl sie selbst eine noch kürzere Ar-

beitszeit beanspruchen. Wurde doch in einer Sitzung der Deputation der städtischen Krankenanstalten erst vor kurzem nachgewiesen, daß einer der Herren Ärzte mit einem Gehalt von 12000 Mark sich mit einer Arbeitszeit von einer Stunde am Tage begnügt! Wenn die Anstaltsärzte die Besitzer der privaten Anstalten und Kliniken unterstützen, die diesen Kampf lediglich aus Geschäftsrücksichten führen, so tun sie das zumeist aus Rücksicht auf ihre Bequemlichkeit und ihre private Praxis. Verlangen die Ärzte von den Schwestern eine ununterbrochene Tätigkeit, so muß das von ihnen in erster Linie gefordert werden!

Die Patienten, die heute bei Unfällen oder plötzlichen schweren Erkrankungen gezwungen sind, ein Krankenhaus aufzusuchen, sind sehr übel daran, wenn sie die Krankheit zu einer Zeit übertrifft, die nicht in die Tagesstunden von 10 bis 2 Uhr fällt. Nur in diesen Stunden ist der Chefarzt zur Stelle, während der anderen Tages- und Nachtzeit wird die Haupttätigkeit von den Hilfsärzten ausgeübt. Nun soll aber auch nach Meinung dieser Ärzte das Interesse der Kranken gefährdet sein! Das trifft keineswegs zu! Möglich, daß unvernünftige Kranke das Ansuchen stellen, stets von denselben Schwestern betreut zu werden, das kann nicht ausschlaggebend sein. Der Haupthinderungsgrund für die Einführung der achtfundentägigen Arbeitszeit ist die Deckung der Kosten. Aber diese Frage darf in der Krankenpflege keineswegs den Ausschlag geben. Zu einer Zeit, wo noch Milliarden für unproduktive Zwecke ausgegeben werden, dürfen Kulturaufgaben unter keinen Umständen leiden! Und die drei wichtigsten Kulturaufgaben, die wir zurzeit zu erfüllen haben, sind: Die Pflege der Kranken, die Erziehung der Kinder und die Sicherstellung der Ernährung der Bevölkerung. Für diese Zwecke müssen die Gelder vorhanden sein! Von diesen Gesichtspunkten aus müssen sich die Schwestern bei der Frage des Achtfundentages leiten lassen.

In der sehr angeregten Diskussion schilderten die Vertreter und Vertreterinnen des städtischen Pflegepersonals die wohlthätige Wirkung des Achtfundentages sowohl auf die Kranken wie auf das Personal. Eine der Schwestern erklärte es für beschämend, daß die Schwestern selbst auf die wiederholten Aufforderungen hin sich so wenig an der Diskussion beteiligten. Auch hier zeigte sich wieder die Unselbständigkeit der Schwestern, die getrost andere für sich reden und wirken lassen und leider vielfach noch sehr in ihrem Dünkel befangen sind, daß sie glauben, sich etwas zu verhehlen, wenn sie mit dem übrigen Personal Schulter an Schulter kämpfen. Eine Pflegerin des jüdischen Hospitals wies darauf hin, daß die dortigen Pflegerinnen noch immer eine 12stündige Arbeitszeit haben und hat die Versammelten, sie in ihrem Kampfe

um den Achtstundentag zu unterstützen. Bei Schluß der Diskussion gab noch die Oberin des Auguste-Viktoria-Krankenhauses in Schöneberg die Erklärung ab, daß sie der vorgelegten Resolution nicht zustimmen könne, da sie es für völlig ausreichend halte, wenn den Schwestern unter Beibehaltung der bisherigen Arbeitszeit und einer Freizeit von 2 Stunden am Tage und einen freien Tag in der Woche zweimal im Jahre ein Erholungsurlaub von 4 Wochen gewährt wird. Bei dieser Einteilung würden im Jahresdurchschnitt auch nicht über 8 Stunden am Tage herauskommen!

In seinem Schlußwort wies der Referent darauf hin, daß gegen einen verlängerten Urlaub der Schwestern nichts einzuwenden sei, daß aber darunter der Achtstundentag in keiner Weise leiden dürfe.

Die nachstehende Entschließung wurde darauf mit allen gegen 4 Stimmen der Schöneberger Schwestern angenommen, die auch hier nicht wagten, ihrer Oberin entgegenzutreten!

„Die am 21. Januar 1920 im „Sophien-Theater“ zu Berlin tagende, von 600 Schwestern und Krankenpflegerinnen besetzte Versammlung schloß sich im vollen Umfange den Ausführungen des Referenten, Herrn Dr. Hermann Benzl, an.

Die Versammelten erklären, daß der Krankenpflegeberuf bei anstrengendster und aufreibender körperlicher Arbeit gleichzeitig die höchsten Anforderungen an die geistige und seelische Kraft der Frau stellt. Die Wiedereinführung der früheren Arbeitszeit würde daher die Fortschüpfung der planmäßigen Untergrabung der Gesundheit und Arbeitskraft der Krankenpflegerinnen und von den Reichs- und Staatsbehörden anerkannt worden ist. Da aber eine überarbeitete, in jungen Jahren bereits dem Siechtum verfallende Krankenpflegerin einmal eine ständige Gefahr für die Kranken selbst, dann aber auch nicht imstande ist, ihren Beruf so auszufüllen, wie dies im Interesse der Kranken gefordert werden muß, verlangen die Versammelten die Beibehaltung der seit 1. Dezember 1918 in den Berliner Anstalten eingeführten achtsündigen Arbeitszeit sowie deren gesetzliche Festlegung für alle im Krankenpflegeberuf Tätigen.

Die Versammelten stellen fest, daß die Befürchtungen, die an die Einführung des Achtstundentages geknüpft werden, gegenstandslos sind, daß vielmehr da, wo der Achtstundentag für das Pflegepersonal bereits eingeführt ist, sich nirgends irgendwelche Nachteile, wohl aber viele Vorteile für die Kranken daraus ergeben haben.

Die Versammelten verpflichten sich, jeberzeit für die Aufrechterhaltung der achtsündigen Arbeitszeit in der Krankenpflege

eingutreten und sprechen dem Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter — Reichsaktion Gesundheitswesen — für sein vorbildliches Arbeiten in dieser Frage ihre vollste Anerkennung aus.“

Damit haben die Berliner Schwestern und Pflegerinnen ein eigenes Urteil über den Achtstundentag abgegeben, das bei der Beurteilung dieser Frage sicher beachtet werden muß.

Dem alten Zustande entgegen.

Nach Ausbruch der Revolution gebärdeten sich auch bürgerliche Parlamentarier etwas fortschrittlich. Sie taten, als wäre von ihnen noch nie etwas untergraben oder niedergestimmt worden, was zum Wohle der allgemeinen Arbeiterkassen dienen sollte. Die Arbeiter kannten ja damals die Hejzenjüge, die sich nicht genug revolutionär stellen konnten. Jetzt, wo die Sozialdemokraten kräftig zur Beruhigung der Arbeiter mitgewirkt haben, also Ruhe und Ordnung so allmählich wiederkehrt, beginnt der Kampf von neuem. Hierunter hat besonders das Personal in den schwäbischen Heilanstalten zu leiden. Dieses Personal ist noch nie besonders freudlich behandelt worden und man braucht sich deshalb nicht wundern, wenn da oder dort einmal in einer Sitzung oder bei schriftlicher Begründung eines Antrages ein Wort härter ausfällt, als es den Herren gemäch ist. Der Kreisaußschuß für Schwaben und Neuburg schwingt sich nun zu folgender Bekanntmachung auf:

1. Die Regierung wird ersucht, dem Personal der Heil- und Pflegeanstalten ausdrücklich klarzulegen, daß seinen berechtigten Wünschen jederzeit und in weitgehendem Maße Rechnung getragen worden ist, daß aber eine Reihe der geäußerten Wünsche als unbegründet und auch nach staatsrechtlichen Grundfragen als nicht berechtigt erachtet werden muß. Insbesondere sollte darauf hingewiesen werden, daß die Ausgleichszulage den Beamten nur gewährt wird, um das Verhältnis des Beamten-einkommens gegenüber dem Verdienst der Arbeiter einigermaßen auszugleichen.

2. Der Kreisaußschuß muß mit aller Entschiedenheit darauf dringen, daß der Ton, der in den Eingaben der Organisation des Personals, insbesondere in Kaufbeuren, angeklungen wird, für die Zukunft ein anderer wird. Die fortgesetzten Verleumdungen und Antrampelungen der Regierung und von Regierungsbeamten, die verächtlichen und offenen Streifdrohungen sind der Sache des Anstaltspersonals nicht förderlich und nicht geeignet, die Entscheidung zugunsten der Geschädigten zu beeinflussen. Der Kreisaußschuß behält sich vor, weitere Zuschriften in der gleichen, im Verkehr mit Behörden unzulässigen Tonart künftig nicht mehr zu begeben.

3. Die Regierung wird ersucht, die Anstaltsabteilungsleiter darauf hinzuweisen, daß diejenigen Mitglieder, insbesondere des jüngeren Personals, die die Gesamtheit weiterhin ausbeuten und die Autor-

Sammelweis.

Von Baron Alfred von Berger.

(4. Fortsetzung.)

Sammelweis schlug heftig auf den Tisch, an dem er mit Kolletschka in dessen Wohnung saß. „Es ist nicht wahr, daß das eine Epidemie ist!“ schrie er. „Was soll das heißen: Epidemie? Das ist ein Wort, das sich unwissende Leute erfunden haben, um die Verantwortung für ihre Ignoranz auf irgendeine unbegreifliche Notwendigkeit abzuwälzen und alles gehen zu lassen, wie's geht. Was sprichst du da von Trennung des Beruflichen vom Persönlichen? Die Medizin ist dazu da, damit so was Erbärmliches wie das Massensterben in unserer Würbergrube nicht vorkomme. Diese Verpflichtung und Verantwortung muß der einzelne Arzt fühlen als seine eigene Sache, wenn er auch nichts ist als ein provisorischer Assistent. Das ist schließlich auch wichtiger, als ob er seine Grete kriegt, oder wann er Professor wird. Herrgott, wenn diese Kindbettleude schon vor sechs Jahren einem Vorgänger von mir so zu Herzen gegangen wäre, daß er Appetit und Schlaf darüber verloren hätte, so wüßten wir vielleicht längst, wo der Hund begraben liegt, und Tausende von Müttern und Kindern leben noch!“ Er konnte nicht weiter sprechen vor Erregung. Kolletschka erinnerte ihn, daß der Begriff Epidemie doch noch einen andern Sinn habe als den eines medizinischen Sündenbockes, daß man unter epidemischen Einflüssen noch nicht genau zu definierende atmosphärisch-kosmisch-tellurische Veränderungen verstehe, welche in den dazu disponierten Individuen eine bestimmte Erkrankung hervorbringen.

„Richtig,“ erwiderte Sammelweis, „ich kann mir zwar bei den Worten, die du da gebrauchst, nichts Klares denken — du wohl auch

nicht —, aber nehmen wir an, dieser schönen Definition entspreche irgend etwas in der Wirklichkeit. Dann sag' ich dir: das bei uns grassierende Kindbettfieber ist keine Epidemie im technischen Sinne, sondern hat lokale Ursachen, die innerhalb der Mauern des Gebäudes verborgen sind und sich auffinden und beseitigen lassen.“

Mit vielem Scherz und großer Lebhaftigkeit, die sich zuweilen zu wildem Humor steigerte, entwickelte hierauf Sammelweis die Gründe, die ihn zu dieser Ueberzeugung gebracht hätten.

„Das wäre mir eine merkwürdige Epidemie,“ sagte er. „Wenn wirklich die atmosphärisch-kosmisch-tellurischen Verhältnisse, unter deren Einwirkung sich die Stadt Wien befindet, das Kindbettfieber in den durch den Geburtsakt disponierten Individuen hervorbringen, dann müßte doch auch in der Stadt Wien und Umgebung die Epidemie herrschen. Das ist aber nicht der Fall. Während bei mir achtzehn unter hundert sterben — in Wahrheit noch viel mehr, aber diese werden auf interne Abteilungen transferrt, angeblich, um sie dem Genius epidemicus zu entziehen, in Wahrheit, um unsere Statistik zu verbessern! — also, während sie bei uns hinstirben wie Fliegen, stirbt in Wien und auf dem flachen Lande kaum eine unter hundert. Eine kuriose Epidemie! Sie hat aber noch spaßigere Gewohnheiten. Die atmosphärisch-kosmisch-tellurischen Einflüsse erstrecken sich seit einer Reihe von Jahren ausschließlich auf die in der ersten Abteilung des Gebäudes untergebrachten disponierten Individuen, auf die in der zweiten nicht. Und doch sind beide Abteilungen nur durch ein Borzimmer getrennt. So eine Grenze respektieren atmosphärisch-kosmisch-tellurische Einflüsse nicht, soweit mir diese herrschaffen persönlich bekannt sind. Das ist „Pflanz“. Aber nehmen wir's an. Man sagt ja, daß diese Einflüsse rhythmisch anmachen und sinken. Man nennt das, um den Blödsinn lateinisch zu maskieren: „Exacerbationen“ und „Remissionen“. Wenn das Kindbettfieber bei uns

tät des Anstaltsleitungs, schädigen, unvorsätzlich aus dem Dienste entfernt werden müßten.

Bei Punkt 1 streiten wir, daß die Regierung, wie auch der frühere Landrat und der jetzige Kreisrat, die berechtigten Wünsche des Personals jederzeit und in weitgehendstem Maße Rechnung getragen hat. Das ist eine Einstellung vor der Öffentlichkeit, die jederzeit nachgewiesen werden kann. Wir stellen fest, daß das Anstaltspersonal noch um jede von den Staatsministerien genehmigte Zulage einen langen Kampf führen mußte und daß jedesmal die schwäbischen Anstalten die letzten waren, die diese Zulagen nur in Teilbeträgen auszahlten. Die für die Beamten gedachte Ausgleichszulage muß auch für das Anstaltspersonal Gültigkeit haben, weil dasselbe gleichfalls mit dem Verdienst hinter den übrigen Arbeiterklasse steht.

Wenn der Kreisaußschuß mit aller Entschiedenheit darauf drängt, daß der Ton, der in den Eingaben der Organisation liegt, ein anderer wird, so soll er sich dazu aufschwingen, der Organisation auch mitzuteilen, wo der Anstand gegenüber den Behörden verletzt worden ist. Das wäre anständiger, als dem Personal die Sünden der Organisation vorzuhalten. Man braucht seitens des Kreisaußschusses nur zu genehmigen, was von der obersten Staatsbehörde bereits genehmigt ist, und der Ton wird auch in Kaufbeuren in Zukunft ein anderer sein. Direkte Beleidigungen oder Anrempelungen von Regierungsbeamten billigt auch die Organisation nicht, erwartet aber, daß behördlicherseits alles daran gesetzt wird, um die Ursachen, die hierzu führen, zu vermeiden. Daran hat es allerdings weit gefehlt. Die offenen Streitanforderungen werden kommen, solange die wirtschaftliche Lage des Personals nicht zufriedenge stellt wird und solange der Kreisaußschuß und die Regierung allen neuzeitlichen Einrichtungen entgegenwirken.

Das Personal wird sich weder von der Regierung noch vom Kreisaußschuß vorschreiben lassen, welche gerichtlichen Kampfsmittel es zur Durchführung der besseren Dienst- und Gehaltsverhältnisse in Anwendung bringt. Der Kreisaußschuß wird recht bald erfahren können, daß er gezwungen werden kann, Gesuche und Anträge zu behandeln. Unverständlich bleibt die Ziffer 3, wonach diejenigen Mitglieder, insbesondere des jüngeren Personals, die die Gesamtheit weiterhin aufheben und die Autorität der Anstaltsleitung schädigen, unvorsätzlich aus dem Dienste entfernt werden müssen. Auf weichen schwachen Füßen muß die Autorität der Anstaltsleitung stehen, wenn sie durch einige Dienstjüngere so schwer geschädigt oder gar untergraben werden kann. Es wäre besser, wenn die Anstaltsleitung, die Regierung und der Kreisaußschuß den Anträgen des Personals mehr nachgehen würden, denn hören die Behörden (wenn es wirklich sollte sein sollen) ganz von selbst auf. Sollten Entlassungen im angebotenen Sinne vorgenommen werden, so würden der Kreisaußschuß und alle seine Berater das Gegenteil von dem erzeugen, was sie wollen.

epidemisch wäre, obwohl die andere Abteilung immer verschont war, dann müßten sich besagte Einflüsse mit ihren Exacerbationen und Remissionen seit Jahren genau nach den Aufnahmezeiten unserer Hebammenanstalt gerichtet haben, also von Montag nachmittags 4 Uhr bis Dienstag nachmittags 4 Uhr, wo die Aufnahme für die erste Abteilung stattfindet, Exacerbation, von Dienstag 4 Uhr bis Mittwoch 4 Uhr Remission und so weiter. Sogar glaubt kein Rhinazeros. Nach unsere Gelehrten und Behörden glauben nicht im Ernst an den epidemischen Charakter. Sie tun nur so, um die peinliche Sache vom Hals zu kriegen und sie dem lieben Gott anzuhängen, der für Epidemien allein verantwortlich ist. Aber sie fallen aus der Rolle. Wenn in einem Gebäuhause die „Epidemie“ gar zu toll wütet, schließt man das Gebäuhause. Merkst du was? Wenn eine echte Epidemie herrscht, zum Beispiel die Cholera, schließt man da die Cholera-Hospitäler? Im Gegenteil, man macht neue auf. Wenn man also die Gebäuhäuser zusperrt, so gibt man zu verstehen, daß man, wenn man unter sich ist, an den epidemischen Charakter nicht glaubt. Aber verlaute darf davon nichts, damit nicht etwa der wieserwährte, gebuldige K. P. Sündenbock unserer Ignoranz kriepert!

„Ihr habt ja wieder eine behördliche Kommission im Hauke gehabt?“ meinte Kollettska.

„Und was für eine!“ sagte Semmelweis. „Was haben die Kommissionen schon für Ursachen der Kindbettfieberepidemie auf der Herbarabteilung entdeckt! Verletzung des Schamgeföhls der Gebäuhenden durch die männliche Assistent! Ich bitte dich! Und die Kinder, die sterben? Schämnen sich die etwa, in Anwesenheit von Männern zur Welt zu kommen? Oder: Angst vor der in diesem Auf stehenden ersten Abteilung. Haben auch die schon Angst gehabt, durch deren Massensterben die Abteilung den schlechten Ruf bekommen hat? Und die Kinder? Ist der höchste Ruf der ersten Abteilung etwa schon de-

„Aus einem Berliner Hungerkessel.“

Unter dieser Ueberschrift veröffentlichte die linksradikale „Zeit am Montag“ vor kurzem einen Artikel, der sich mit den Zuständen in einem Berliner Hospital beschäftigte und der sich in leidender Weise gegen das dort beschäftigte Personal wandte. Es wurde darin zum Ausdruck gebracht, daß die Anstalt zu „einer Versorgungsanstalt für gekranktes Personal“ gemacht wird. Doch ferner dieses Personal jährlich schöne Summen an Gehältern und Teuerungszulagen aus dem „schon so schwer belasteten Stadtsäckel“ erhält, daß es das höchste Arbeit auf die Patienten abwände und sich außerdem des fortwährenden Vießstahls an den Nahrungsmitteln der Patienten schuldig mache. Außerdem wurde eine Reihe von Beschwerden der Patienten gegen die Bewachung erhoben und zum Schluß netürlich die Partei der Menschheitsgötter für alle diese Zustände verantwortlich gemacht.

Nach diese Anrempelungen hatte im Auftrage des Personals die Ortsverwaltung Berlin eine durchaus sachliche Erwiderung gefertigt. Die Befandlung dieser Erwiderung durch die Redaktion beweist, daß es dieser nicht um Abstellung von Mißständen, sondern lediglich um den Verdienst zu tun ist. Die nächste Nummer brachte nämlich nicht die Erwiderung, auf die natürlich das gesamte Personal mit Spannung wartete, sondern lediglich die Mitteilung, daß der Redaktion „etwige längere Berücksichtigung angetragen“ sind, bis in der nächsten Nummer zu Worte kommen sollen. Das heißt mit anderen Worten: Lieber Leser, Du hast zwar im Vertrauen auf die Verantwortlichkeit der Redaktion keine 20 Pf. für die Zeitung geopfert, wenn Du aber die Erwiderungen lesen willst, mußt Du erst nochmals 20 Pf. opfern. Die nächste Nummer bringt denn auch auf dem Titelblatt recht auffällig den Untertitel „Neues über Hungerkessel“. Dieses „Neue“ besteht darin, daß die alten Beschwerden über zu viel Personal von neuem erhoben werden, und daß die Berücksichtigung unserer Ortsverwaltung „Krummangel halber“ nur ausnahmsweise wiedergegeben wird. Bei dieser Berücksichtigung ist aber gerade das, was für das Personal wesentlich ist, fortgelassen worden. Und dieses Blatt ist, wie am Kopf der Zeitung behauptet wird, „für das denkende Volk“ bestimmt! Vermutlich soll das Volk dazu angezogen werden, darüber nachzudenken, wofür es eigentlich seine 20 Pf. bezahlt. Wir sind überzeugt, daß der denkende Teil des Volkes sehr bald zu der Ueberzeugung kommen wird, daß es immenshin Mächtigsten gibt, die 20 Pf. mitbringen der anzutenden.

Um aber unsere Kollegen favor zu bewahren, weiterhin auf die Geschäftsträger dieses rein kapitalistischen Unternehmens hinzuwirken, bringen wir nachstehend die ungelängte Erwiderung unserer Ortsverwaltung.

In die Redaktion der „Zeit am Montag“, 62. 60, Zimmer Nr. 43/44, Ja Nr. 591 Ihres Blattes vom 20. Dezember 1919 bringen Sie unter dem Titel „In einem Berliner Hungerkessel“ Schilderungen

hin gedungen, woher die Kinder kommen? Alles hat schon herhalten müssen: das Wetter, das Essen. Einer hat sogar gemeint, der betreffende Herr Papa, der die Parturienten zu uns gebracht hat, impfe ihr schon den Keim des Kindbettfiebers ein. Goldner Böhmann! Aber ich darf nichts sagen. Was hab' ich schon alles in meiner Verzweiflung durch vierundzwanzig Stunden für die Ursache gehalten. Diesmal haben sie eine funktelnere Ursache ermittelt: die Ärzte und Hebammen gehen beim Untersuchen zu roh vor: besonders die Herrrn Ausländer. Fortan dürfen daher höchstens zwei Ausländer auf einmal bei uns praktizieren. Wahrscheinlich erzeugen die liberalen Ideen, welche die Herren von draußen importieren, in den Wöchnerinnen das Kindbettfieber. Ja, ja, die braune Liebeskann' ich am Gefühl!

In dieser Weise sprach Semmelweis: jedes Wort verriet die kampfthafte Ueberreizung seiner geistigen Kräfte.

Kollettska sahte herzlicher, als dies sonst seine Art war, Semmelweis' Hand und sagte: „In drei Wochen bist du frei. Du mußt etwas für dich tun, du stehst elend aus. Geh' auf Reisen.“

„Ich kenne schon Englisch,“ erwiderte Semmelweis, „ich will nach Dublin, im dortigen Gebäuhause arbeiten.“

„Nimm,“ erwiderte sich Kollettska, „so eine Arbeitsreise taugt nichts. Du mußt dich aufheitern. Geh' nach Venedig, nimm dir ein sauberes Mädel mit und komm' vernünftig wieder. Wenn ich deinen Ueberfluß an Lebenskraft hätte! Aber bei mir reicht Knapp aus, um die Maschine zu treiben. Also, verpflich mir, daß du nach Venedig gehst.“

„Venedig,“ sagte Semmelweis vor sich hin, „das wäre etwas.“

Ein Schimmer der unbändigen Lebenslust, die tief unter seiner tranken Schwermut glommt, beschte seinen trübten Blick. Er stand auf und trat ans Fenster. (Fortsetzung folgt.)

von den Zuständen in einem Berliner Hospital, die den tatsächlichen Verhältnissen nicht entsprechen und geeignet sind, das dort beschäftigte Personal in der öffentlichen Meinung herabzusetzen. Im Auftrage des Personals der betreffenden Anstalt erjuchen wir deshalb um Aufnahme nachstehender Verdictung:

Die Schilderungen des Einigers beziehen sich, wie für jeden Eingeweihten erkennbar, auf das Hospital in der Frobelsstraße. Es ist unwahr, daß diese Anstalt zu einer „Versorgungsanstalt für gesundes Personal gemacht“ worden ist, das in „übermäßiger Anzahl“ eingestellt wird und „unter Langeweile“ leidet! Ebenso unwahr ist es, daß eine Abwälzung der Arbeit auf die Kranken stattfindet, das Personal mit Fleisch, Speck, Butter und anderen guten Sachen in „Hülle und Fülle versorgt“ wird und den hungernden Patienten „alles Bestere weigert“. Wahr ist dagegen, daß das Personal bisher eine Arbeitszeit von 12 bis 14 Stunden hatte, nach Einführung der gesetzlichen achtstündigen Arbeitszeit diese für sich selbstverständlich auch in Anspruch nahm und nun während dieser achtstündigen Arbeitszeit vollauf beschäftigt ist. Neueinstellungen des Personals sind vorgenommen worden, soweit dies durch die Verkürzung der Arbeitszeit unbedingt notwendig war. Die Bezahlung des Personals erfolgt nach dem Lohnstarif, wie er zwischen unserer Organisation und dem Magistrat unter Zustimmung der Stadtverordnetenversammlung vereinbart worden ist. Feuerungszulagen bezieht das Personal zurzeit nicht. Die Verköstigung des Personals geschieht nach den Bestimmungen des Einheitskitchen, wie er seit Anfang v. J. ebenfalls zwischen Magistrat und Organisation für das gesamte Personal der Kranken- und Pflegeanstalten Berlins vereinbart worden ist. An Fleisch, Speck und Butter erhält das Personal lediglich das, was ihm auf Grund der Rationierung zusteht. Wie wenig die Angaben des Einigers zutreffen, beweist allein die Tatsache, daß das Personal sich vereint bemüht hat, den Kost- und Logiszwang aufzuheben, und daß nur noch derjenige Teil des Personals in den Anstalten wohnt und auch dort beschäftigt wird, dem es zurzeit nicht möglich ist, in Berlin anderweitig Wohnung zu finden.

Richtig ist dagegen, daß in den Berliner Hospitalern, im Gegensatz zu den übrigen Kranken- und Pflegeanstalten, die Verköstigung der Kranken schlechter ist als die des Personals, weil die Kosthöfe für die Hospitalisten niedriger sind als die Beträge, die das Personal für seine Kost zahlt. Dagegen haben besonders die Küchenkommissionen des Personals wiederholt Einspruch erhoben und die reifliche Einführung des Einheitskitchen auch für die Hospitaler verlangt. Wenn es bisher nicht gelang, dies durchzuführen, so ist dem Personal in letzter Linie ein Vorwurf daraus zu machen. Das Personal für diese Zustände verantwortlich zu machen und gar zu behaupten, daß dieses den Portionen die besten Haspen fortnimmt, besonders, da es doch nach Meinung des Einigers mit allem Guten nur so gepöppelt wird, ist eine derartige Ungeheuerlichkeit, daß ein Blatt, das im übrigen immer vorgibt, Arbeiterinteressen zu vertreten, doch etwas vorsichtiger in der Uebernahme derartigen Einwendungen sein sollte. Wenn sich die Anstalten des Hospitals über die Behandlung durch den Oberinspektor und die Hausväter beschweren, so können wir ihnen das durchaus nachfühlen, sind doch von dem Personal bis zu dem Zeitpunkt, wo der Arbeiterausschuss hier Remedur geschaffen hat, dieselben Beschwerden erhoben worden.

Das zum Schluß die Zustände im Hospital zu einem Ausfall gegen die Partei der Mehrheitssozialisten herhalten müssen, beweist wiederum, wie wenig objektiv der Einiger die Dinge betrachtet. Denn dem Kuratorium der städtischen Hospitaler gehören Mitglieder aller Parteien an! Das gerade ein Mitglied der Mehrheitssozialisten sich für die Zustände dort besonders interessiert, kann doch nur ein Beweis dafür sein, daß dieses Mitglied es mit seiner Pflicht besonders ernst nimmt. Und wenn irgendein subalterner Beamter dieses Mitglied mit „Gnädige Frau“ tituliert, so ist das eine Geschmackslosigkeit, von der wohl niemand wird einsehen können, was die mehrheitssozialistische Partei damit zu tun hat. Im übrigen können wir den Hospitalisten in der Frobelsstraße nur raten, sich genau so wie im Hospital auch einen Hospitalisten-Ausschuss zu wählen, der in Verbindung mit dem Arbeiterausschuss sich um die Abstellung aller Mißstände bemüht. Es erscheint uns dies bei weitem aussichtsreicher, als einen Gegensatz zwischen Patienten und Personal herzustellen, der gar nicht existiert. Das Personal, das sich ausschließlich aus Anhängern aller politischen Richtungen zusammensetzt, ist in seiner großen Mehrheit durchaus bemüht, die gewiß nicht rosige Lage der Hospitalisten zu mildern und zu bessern. Das Personal sieht in den Hospitalisten nichts weiter als Klassengenossen, die noch einem arbeitreichen Leben hier einen leider nicht immer angenehmen Lebensabend verbringen. Dieses Personal mit Schmutz zu bewerfen, wie dies in dem hundertsten Artikel des Einigers geschieht, ist nur ein Beweis für die Unrechtschaffenheit einzelner Patienten, deren Behandlung für das Personal sicher nicht immer leicht ist.

Freiheit und Menschenrecht
Machen stark ein Geschlecht!
Müht, Treue, Einigkeit
Aben die trübste Zeit!

Aus unserer Bewegung

All-Scherbis. In der gut besuchten Generalversammlung am 3. Januar erläuterte Kollege Schuchardt ausführlich den Verlauf der Jenaer Reichskonferenz. Nach dem Vierteljahresberichtsbericht und der Wahl des Vorstandes fand eine längere Aussprache über Einrichtung einer Krankenkasse für das beamtete Personal statt. Es wurde beschlossen, wegen dieser Angelegenheit sich mit den der Provinz Sachsen zugehörigen Anstalten in Verbindung zu setzen. Nach einer kurzen Auseinandersetzung über die Arbeitsleistung der beiden in hiesiger Anstalt vertretenen Verbände kamen die anwesenden Kollegen zu dem Entschluß, dem Verbands der Gemeinde- und Staatsarbeiter treu zu bleiben.

Esen (Muhl). In der Generalversammlung der Filiale machte Kollege Orlopp folgende, das Pflegepersonal interessierenden Ausführungen: Seit längerer Zeit stehen wir in Verhandlungen mit der Firma Krupp wegen Abschluß eines Tarifvertrages. Der Schlichtungsausschuss hat die Firma Krupp verurteilt, mit uns abzuschließen. Ihren Herrn-im-Hause-Standpunkt glaubt die Firma auch in der neuen Zeit nicht verlassen zu dürfen und erlante den Spruch nicht an. Wir werden selbstverständlich jedes rechtliche Mittel anwenden, um auch hier zum Abschluß eines Tarifvertrages zu gelangen.

Rundschau

Der Verband katholischer weltlicher Krankenschwestern auf dem Mitgliederkongress! Immer mehr macht sich der Zusammenschluß freigewerkschaftlicher Organisationen zu großen Kampfeinheiten bemerkbar. Der aufgeklärte Arbeiter weiß, daß nur eine starke Organisation rücksichtslos seine Berufsinteressen wirksam wie ideal vertreten kann. Trotzdem versuchen es auch noch Vereine vom Schlage des Verbandes katholischer weltlicher Krankenschwestern (Sitz Berlin), auf den Mitgliederkongress auszugehen. Uns liegen Ausnahmebedingungen vor, in denen es unter anderem heißt: „Zur Aufnahme in den Verband können sich unbescholtene katholische Krankenschwestern, Wochenspielerinnen, Masseusen und Pflegerinnen melden. Mit dem Aufnahmegehalt ist ein ausgefüllter Fragebogen, der vom Bureau ausgegeben wird, einzuzufügen. Nachbenannte Papiere sind beizufügen: 1. Ein selbstverfaßter und eigenhändig geschriebener Lebenslauf. 2. Geburtschein. 3. Ein polizeiliches und pfarramtliches Sittenzeugnis. 4. Zeugnisse über Ausbildung und Tätigkeit. 5. Photographie mit Angabe des Anfertigungsjahres. Die Meldungen der Aufzunehmenden werden in der Mitgliederkorrespondenz veröffentlicht. Die Ablehnung eines Aufnahmegehalt geschiedt ohne Angabe von Gründen. Nach Mitteilung der Aufnahme genehmigung sind 3,00 Mark Eintrittsgeld sowie der Beitrag für ein Vierteljahr pränumerando an das Bureau einzuzufügen, worauf die Ausfertigung eines Mitgliedsbuches und die Zusendung der Statuten des Verbandes erfolgen. Der Fragebogen, der den Eintretenden vorgelegt wird, umfasst nicht weniger als 21 Fragen. Davon hier einige Proben: 4. Sind Sie ledig, verheiratet, verwitwet, geschieden? 11. Gehören Sie einem Pflegerinnenverbande an und welchem? 12. Sind Sie fest angestellt? 13. Wo und von wem? 14. Uebernehmen Sie Privatpflege? 15. Welchen Pflencas haben Sie bisher bekommen? 20. Welchen Beitrag wählen Sie? 21. Wer kann Auskunft über Sie geben? Wie schon oben bemerkt, beträgt das Eintrittsgeld 3,00 Mk., der wöchentliche Grundbeitrag 0,20 Mk. Bei Inanspruchnahme von Kranken- und Notstandsunterstützung erhöht sich der Beitrag auf 0,30 Mk. bzw. 0,40 Mk. Was dafür und wieviel Krankengeld oder Notstandsunterstützung gegeben wird, erfahren nur die Damen, die die Organisation als ihre Massenvertretung benutzen.

Es gilt unseren Mitgliedern die Augen zu öffnen. Sagt den Kolleginnen der Schwesternheime, Privatpflegerinnen, Mutterhauspflegerinnen und all jenen, die es anacht, daß nur unsere Organisation beweisen hat, daß sie der starke Hort im Kampfe ums Dasein ist. Der Standesdünkel mander in der Privatpflege Beschäftigten ist leider der Demmflod. Diesen zu brechen und jenen Unwissenden die Erkenntnis einzuhämmern, daß nur solidarisches Zusammenarbeiten, d. h. gewerkschaftlicher Einfluß, den Erfolg verbürgt, ist die Pflicht unserer Mitglieder.

Briefkasten

Filiale Wiesloch. Bericht kann nicht gebracht werden, weil er vollständig veraltet ist. Andere Berichte wurden zurückgestellt.